

# Hohenstein-Ernstthal Tagesblatt

## Amtsblatt



## Anzeiger

**Das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.**  
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Hohenstein-Ernstthal mit Gattengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenschürsdorf, Gollberg, Grumbach, Rirschheim, Ruchsnappel, St. Egidien, Wiltenbrand, Erlina, Rietzdorf, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Aufsdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 14.25 Mk., monatlich 4.75 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 14.25 Mk., monatlich 4.75 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 16.15 Mk., monatlich 5.06 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 2. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Fernsprecher Nr. 11. Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz. Postfach-Konto: Leipzig 22464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die schlagzeilige Korpusgröße 75 Pfg., auswärts 76 Pfg., im Reklameteil 2.00 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck nachlässig. Nachlass. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus. Bei zwangsweiser Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfall gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Auszahlung.

Nr. 198

Donnerstag, 26. August 1920

70. Jahrg

### Die Lage im Osten

wird heute beherrscht einerseits von der Tatsache, daß die Russen, vor allem ihre Nordarmee, zunächst als geschlagen angesehen werden müssen, selbst wenn sie, wie wir weiter unten mitteilen, eine neue Offensive beginnen sollten, und andererseits von dem nicht mehr wegzuleugnenden Scheitern der Konferenz von Minsk, die, wenn die nachstehende Meldung richtig ist, zunächst der Verlegung und dann sicher der Veragung bzw. Schließung anheimfallen wird.

„Morning Post“ läßt sich nämlich aus Warschau melden: Der polnische Minister des Auswärtigen, Fürst Sapieha, hat durch Funktelegramm der Sowjetregierung vorgeschlagen, mit Rücksicht auf die schlechten Verbindungen zwischen Minsk und Warschau die Friedenskonferenz nach Warschau zu verlegen. Weiter ist man in Warschau der Ansicht, daß der polnische Vormarsch außer im Süden, wo die russische Keilerei noch auf stgaltischem Boden steht, beendigt ist.

**Ablehnung der russischen Friedensbedingungen.**  
Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Minsk ist die polnische Antwort auf die russischen Bedingungen am Montag überreicht worden. Von 15 Punkten haben die Polen nur einen angenommen, den der Demobilisation falls Rußland gleichfalls demobilisiert.

Wie „Berlingske Tidende“ aus Warschau telegraphiert wird, verläuft von kompetenter Seite, daß die polnische Regierung am Dienstag eine neue Note von der Sowjetregierung erhalten hat, welche von Tschitscherin unterzeichnet ist. In dieser Note lehnt die Sowjetregierung jede Verantwortung für die ungenügende drahtlose Verbindung zwischen Minsk und Warschau ab, die ausschließlich darauf zurückzuführen sei, daß die Funkstation in Warschau zu schwach sei. Im übrigen enthält die Note keine positiven Mitteilungen.

„Nieuwe Courant“ meldet: Einem vom 24. d. M. aus Minsk datierten Bericht zufolge bedeutet die polnische Antwort auf die russischen Bedingungen eine glatte Weigerung. Von 15 russischen Punkten ist nur einer, welcher sich auf die Demobilisierung bezieht, in der Voraussetzung der Gegenseitigkeit gutgeheißen. Die Forderung der Entwaffnung und der Herausgabe des Kriegsmaterials wird mit Entrüstung abgewiesen. Die Punkte, welche sich auf die Bildung einer Arbeitermiliz und auf die Verlegung Rußlands über die Bahnlinie Bialystok-Strajewo beziehen, werden als un diskutierbar erklärt. Die in der Note Lord Curzon's angegebene Grenze wird als unannehmbar bezeichnet. Die Demarkationslinie sollte nach polnischer Auffassung der strategischen Lage entsprechen. Die Verteilung von Land an die Hinterbliebenen der gefallen polnischen Krieger wird abgelehnt, da sie eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten und somit eine Verletzung der Souveränitätsrechte Polens bedeute. Die anderen Forderungen werden abgelehnt. Der allgemeine Eindruck ist, daß die nächste Zusammenkunft die letzte sein wird, da die polnische Antwort keine sichbare Grundlage für eine Einigung bietet.

**Die Kampfplage im Osten**  
wird im polnischen Heeresbericht vom 23. August folgendermaßen geschildert:  
Im Norden Befehung von Brasnysh und Mlawa. Entscheidende Niederlage der bolschewistischen Nordarmee und panikartige Flucht der russischen Truppen. Die Polen melden viele Gefangene. Im Zentrum schreiten die Polen unter Führung Wislowskis vor und haben die Linie Zambrów-Malowitz und den Naraw nördlich von Bialystok überschritten. Im Süden ziehen sich die Russen aus der Gegend von Lemberg zurück und werden von den Polen scharf verfolgt, die sich der Buglinie nähern. Auch vom Strij haben sich die Russen zurückgezogen.  
Der amtliche polnische Heeresbericht vom 24. August besagt weiter:  
Nordfront: Die Reste der Abteilung der 4. Sowjetarmee konnte nach schweren Kämpfen in der Richtung auf Kolno, der durch starke Ab-

teilungen unserer 4. Armee belegt ist durchstoßen. Die Verfolgung des Feindes durch die 4. Armee geht weiter. Unsere 5. Armee greift zerstreute Abteilungen der Sowjet-Truppen, die westlich der Eisenbahnlinie Wodlin-Mlawa herumirren, an.

Zentrum: Die Armeen des Zentrums haben durch eine Schwelung nach Norden Kunzspyn, Stawizki und Kolno eingeschlossen und einen Ring um die 4. und 5. Sowjet-Armee geschlossen. Der Feind der von allen Seiten bedrückt ist versucht mit größeren Abteilungen unter verzweifelten Kämpfen den Ring zu sprengen. Am 23. d. M. geht er bei Kolno neunmal zu erbitterten Angriffen über, die durch das vortreffliche 60. Polensche Infanterieregiment abgeschlagen wurden unter schwersten Verlusten für den Feind. Das Regiment ging zum Gegenangriff über und machte 1000 Gefangene, darunter einen Divisionsgeneral, 10 Geschütze, mehrere Regimentsschützen, zahlreiche Autos und Trains wurden erbeutet.

Den eingeschlossenen russischen Truppen stellt Polen unter Warnung Angehts ihrer verzweifelten Lage, von weiteren Durchbruchversuchen abzusehen, folgende Bedingungen: Abzuliefern sind alle Waffen und alles Kriegsmaterial. Für eigene Pferde wird je nach Wert Entschädigung geleistet. Eigene Sachen und Gelder verbleiben den sich Ergabenden. Alle Don- und Kubantoten, sowie alle früheren Offiziere und Anhänger Denikins werden unter besonderen Bedingungen aufgenommen. Sie erhalten das Recht, ihre eigenen Pferde und die alten Waffen zu behalten. Außerdem können sie in die sich bildenden Kojatenabteilungen aufgenommen werden. Allen sich Ergabenden gegenüber einschließend der Befehlshaber und der Kommissare werden alle Satzungen der Haager Konvention beachtet. Die Verwundeten und Kranken werden der Pflege übergeben.

**Große Beute der Polen.**  
Das Reuterbureau erfährt von zuständiger Seite: Die Polen melden, daß sie 63000 Gefangene gemacht und 200 Geschütze und 1000 Maschinengewehre erbeutet haben.

**Straßenkämpfe in Bialystok.**  
Die Polen besetzten am 24. August Szczecin. Ihre Vorhuten erreichten am 25. d. M. Profitten. Die Ueberreste der 4. bolschewistischen Armee wurden westlich von der Bahnlinie Mlawa-Wodlin von den Polen abgefangen. Im Zentrum erreichten die Polen die Linie Kunzspyn-Stawizki-Kolno und schloßen den Ring um die 4. und 5. bolschewistische Armee. Gegenstände, durch welche sich die Bolschewisten der Annäherung entziehen wollten, blieben im Verhuf stecken. Nach der Einnahme Bialystok's durch die Polen fand ein erbitterter Straßentampf mit den Bolschewisten statt, in welchem die Polen siegten. Die Polen melden viele Gefangene und große Beute. Einmütige bolschewistische Truppenteile treten über. In den wichtigsten Brest-Litowsk, östlich von Cholm, am Bug und östlich von Lemberg haben die Polen lokale Erfolge

**Die Polen vor Pinski.**  
Nach dem „Temp“ stehen die Polen vor Pinski. Janow, 25 Kilometer vor Pinski, ist von den Polen besetzt. Der Zusammenbruch der russischen Front reicht bereits bis Wilna und Pinski. Die polnische Armee ist jetzt 650 000 Mann stark. Die alliierten Militärachverständigen in Warschau rechnen mit der Vernichtung der russischen Heere und ihrer Zurückverlegung auf die Berezina-Linie vor dem Winter.

**50 000 Bolschewisten übergetreten.**  
Die Zahl der übergetretenen Bolschewisten hat sich auf 50 000 erhöht.

**Neue Offensive der Russen?**  
Ein Funktelegramm aus Warschau vom 23. August 10 Uhr 30 Minuten abends meldet, daß sich in der Gegend von Brest-Litowsk heftige Kämpfe mit dem Feinde abspielten, der die Offensive ergriffen habe. Auch im Gebiete der Grube Schow Luwow seien schwere Kämpfe im Gange. Man muß diese Nachricht zunächst mit

Vorsicht aufnehmen. Es handelt sich vielleicht um bloße örtliche Gegenstände, deren schließlich zu erwartende Abwehr dann von den Polen als gelichtete russische Offensive gebucht wird.

**Rußland will weiterkämpfen.**  
In einer Rundgebung der russischen Regierung heißt es: Wir müssen jetzt Garantien gegen neue Ueberfälle verlangen. Wir glauben dem polnischen Arbeiter und verlangen, daß er bewaffnet wird. Wir glauben der polnischen Bourgeoisie nicht, deren Delegation sogar jetzt den Frieden sabotiert. Ihre Delegation hat begonnen, den Frieden mehr zu sabotieren, als sie unsere Mißerfolge der letzten Tage gesehen hatte. Wir müssen deshalb an dieser Front einen entscheidenden Kampf führen. Wir müssen unsere rote Armee unterstützen. Der Kampf mit den weißgardistischen Truppen ist unsere erste politische Schuld.

In der Moskauer Gouvernementskonferenz wurde nach dem Bericht Bucharins über die internationale Lage der Republik und die Aufgaben der russischen kommunistischen Partei folgende Entschlieung gefaßt: In Anbetracht dessen, daß unsere Westarmee dank der verstärkten Unterstützung Polens durch die französische Regierung erste Mißerfolge erlitten hat, während die Front Wrangels ebenfalls von großer Bedeutung wird und von Kuban- und Donezgebiet bedroht, hält die Parteikonferenz es für unbedingt notwendig, die Westfront mit allen Mitteln zu unterstützen und gleichzeitig die Front Wrangels zu vernichten. Alle Parteiorganisationen werden aufgefordert, eine schnelle Parteimobilisierung durchzuführen und die Frage der Unterstützung der Wrangelfront zu erörtern.

**Neue russische Forderungen?**  
Der polnische Außenminister erhielt eine Mitteilung aus Minsk, in der gesagt wird, daß die Sowjetregierung den in London bekanntgegebenen Bedingungen jetzt neue Forderungen hinzugefügt hat. Die wichtigste davon sei die Bewaffung von 20 000 Arbeitern.

In Warschauer politischen Kreisen herrscht die Auffassung, daß die Verhandlungen in Minsk in den nächsten Tagen abgebrochen werden, da keinerlei Aussicht mehr auf einen Friedensschluß bestehe. Die Russen wollen nicht nachgeben und die Polen seien entschlossen, die Verhandlungen abubrechen, da sie die russischen Friedensbedingungen als unannehmbar betrachten.

**Die Friedensbedingungen der Polen.**  
Die polnische Depeschenagentur verbreitet die Nachricht, daß die neuen militärischen Erfolge die polnischen Friedensbedingungen nicht beeinflussen werden. Diese Bedingungen sind: 1. Polen beansprucht nur die in der Mehrheit von polnischer und tschechischer Bevölkerung bewohnten Gebiete. Die Rechtmäßigkeit dieses Gesichtspunktes ist übrigens von der gegenwärtigen russischen Regierung anerkannt. 1. Polen kann sich nicht desinteressieren am Schicksal der Völker, die Mitglieder der ehemaligen polnischen Republik waren. Polen wird für diese Völker das Selbstbestimmungsrecht fordern. Die wiederholten, aber niemals verwirklichten Entwürfen der Sowjetregierung über diese Punkte müssen durch Taten verbürgt werden.

**In Oberschlesien**  
ist eine Beruhigung noch nicht eingetreten. Das wird sogar jetzt offiziös von deutscher Seite in einem Bericht über die Lage zugegeben, in dem es heißt:  
Die Entwaffnung hat in den Bezirken, die die Franzosen besetzt halten, bisher noch keine Fortschritte gemacht. In den Kreisen, in denen die Italiener für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verantwortlich sind, wird die Entwaffnung dagegen energig durchgeführt. In Kreuzburg und Posen haben die Italiener den Sicherheitsbeamten die Bewaffung mit Karabinern erlaubt. Im Kottbuser stehen ihnen auch Maschinengewehre zur Verfügung. Es bestätigt sich, daß 1000 Polen auf Kattowice marschieren.

ren. Man glaubt aber nicht daß die Stadt gefährdet ist, da sie von Italienern besetzt ist und da sich in ihr vor allem deutsche und tschechische polenfeindliche Elemente befinden. Eine Meldung aus Kattowice bestätigt, daß der bekannte Generaldirektor Radnik mit seiner Gattin verhaftet worden ist. Stadt und Industriebezirk Kattowice sind von Italienern befreit worden. Nach einer Meldung aus Breslau sollen die polnischen Arbeiter Oberschlesiens den Streik abgebrochen haben. Die Umstellung der Kattowitzer Sicherheitspolizei in eine Abtätigungspolizei ist sofort vorgentmen worden.

**Protest der Bergarbeiter gegen die Vergewaltigung.**  
Die Lage hat sich gegen gestern — so berichtet man aus Kattowice vom 24. August — wenig verändert, wenn auch die polnischen Vorstöße seltener geworden sind. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands protestiert scharf gegen die Vergewaltigung der ober-schlesischen Bevölkerung durch zum Teil landsfremde polnische bewaffnete Banden, und eruchtet die interalliierte Kommission, die deutsche Regierung und die ober-schlesischen Behörden um ausreichenden Schutz. Angesichts der Umstandsbeurteilung sei das vereinbarte Ueberdichtenabkommen nicht durchzuführen. Nach Wiederherstellung der Ruhe müsse erneut zur Ueberdichtenfrage Stellung genommen werden.

Die Breslauer „Schles. Ztg.“ meldet: Angesichts des nach wie vor loslosen Verhaltens der Franzosen haben die deutschen Partei- und Gewerkschaftsführer am Dienstag nachmittags 3 1/2 Uhr in einer Besprechung bei General Perard mit aller Schärfe gefordert, daß die interalliierte Kommission jetzt energig durchgreife. Das Verhalten der Franzosen wurde in scharfster Weise kritisiert. Sollte bis Donnerstag nachmittags 3 1/2 Uhr keine Aenderung eintreten, dann soll von deutscher Seite der Generalkonferenz mit aller Schärfe durchgedrückt werden. Der polnische Generalkonferenz soll als völlig zuammengebroschen bezeichnet werden.

**Vor der Einigung?**  
In einer Konferenz der Streitausschüsse und der Führer der polnischen Parteien Oberschlesiens, an der u. a. auch Korjant teilnahm, gab — so wird aus Beuthen vom 24. August gemeldet — der Oberkommandeur Major Drilz folgende Vorschläge bekannt, denen von den politischen Parteien zugestimmt worden sein soll:

1. Abschaffung der Sicherheitswehr und Ersatz durch eine Abtätigungspolizei.  
2. Für die Uebergangszeit wird eine Hilfs-polizei gebildet, die der Ortspolizei unterstellt wird. Die Hilfs-polizei wird aus Gemeindevolksmitgliedern besetzt und erhält keine Feuerwaffen. Die Bildung ist sofort in die Wege zu leiten.  
3. Abgabe der Waffen bis morgen früh 9 Uhr; wer bis dahin abgeliefert hat, bleibt straflos, gegen die übrigen wird auf Grund der Bestimmungen vorgegangen.

**Neue Unruhen bei Beuthen.**  
In der Umgegend von Beuthen ist es wieder zu neuen Unruhen gekommen. Am Dienstag und Mittwoch haben Beamte von den Werken Buchah und Radzionkan in Beuthen Zuflucht gesucht. In diesen Orten sind von den Polen neue schwere Unruhen verursacht worden. Die Bevölkerung von Friedenshütten hat wiederholt heldenmütig den Ansturm polnischer Banden, die immer wieder verlusten, von Friedenshütten Besitz zu nehmen, mit Erfolg abgeschlagen. Bei diesen Kämpfen ist leider ein deutscher Lehrer durch Baukschuß schwer verletzt worden, aber auch die Angreifer haben schwere Verluste erlitten. Banden lagern Tag und Nacht um Friedenshütten, um die Uebergabe zu erzwingen. Die dringenden und wiederholten Vorstellungen des Vorstandes der Eisenbahnstation Boddred, die Entwaffnung der polnischen Banden vorzunehmen, die seit einigen Tagen den Bahnhof besetzt halten, haben zu keinem Erfolge geführt.

**Rybnik von den Polen besetzt.**  
Die Bahnhöfe der Eisenbahnstrecke Kattowice-Mrslowitz sind von französischen Truppen besetzt. Die Reisenden wurden nach Waffen untersucht. Jede Einmischung Unbefugter in den